

Winkler: „FPÖ-Nebelgranate zur Ablenkung vom Rohrkrepiere Gesundheitskassenreform“

SPÖ-OÖ-Chef Winkler fordert 150 zusätzliche Kassenstellen für Oberösterreich, regionale Entscheidungskompetenz, vollständige Finanztransparenz und die Rückkehr zur Versichertenmehrheit. Fehlende Kassenstellen und lange Wartezeiten sind die Konsequenz der schwarz-blauen Umfärbung der ÖGK.

Der FPÖ-Abgeordnete Kaniak stellt Anfragen an die Gesundheitsministerin, die in den von ihm angefragten Bereichen keine tatsächlichen Kompetenzen hat. Zuständig ist die schwarz-blau umgefärbte Selbstverwaltung der ÖGK. FPÖ-Mann Kaniak müsste keine parlamentarischen Anfragen stellen, da er sich direkt an seine Vertrauensleute in der ÖGK wenden könnte. So verursacht er bewusst nur Kosten für die Steuerzahler:innen im Land.

Von 2019 bis 2024 war der Vorsitzende der Freiheitlichen Wirtschaft, Matthias Krenn, der Obmann der umgefärbten Österreichischen Gesundheitskasse. Gemeinsam mit dem ÖVP-Generaldirektor Bernhard Wurzer trägt Krenn die Hauptverantwortung für das flächendeckende Gesundheitsdebakel in Österreich. Kaniak kann sich jederzeit vertrauensvoll an Krenn wenden, wenn er etwas über den schwarz-blauen Niedergang der ÖGK wissen möchte.

Oberösterreich ist besonders stark von der schwarz-blauen Misswirtschaft betroffen: 46 Kassenarztstellen sind in Oberösterreich unbesetzt – darunter 26 in der Allgemeinmedizin und 13 in der Frauenheilkunde. Für SPÖ-Landeschef Martin Winkler ist das eine Bankrotterklärung: „Wer krank ist, braucht einen Termin und keine schwarz-blauen Ausreden. Wenn Menschen monatelang auf einen Hautarzttermin warten, keinen Hausarzt finden oder in die Spitalsambulanz ausweichen müssen, hat das System seinen Auftrag verfehlt.“

Winkler: „Die Kassenfusion ist ein teurer schwarz-blauer Rohrkrepiere!“

Die von ÖVP-Shooting-Star Kurz und FPÖ-Vizekanzler Strache versprochene Patientenmilliarde blieb aus. „Die beiden sind zu unser aller Glück politische Geschichte. Was bleibt, ist ein Scherbenhaufen im Gesundheitsbereich“, ärgert sich Winkler. „Geblieben sind eine völlig dysfunktionale Zentralisierung, verlorener regionaler Einfluss und Verschlechterungen für die Versicherten.“

Winklers Fazit: „Die Fusion ist ein teurer schwarz-blauer Rohrkrepiere. Der Verdacht, dass es weniger um eine bessere Versorgung als um eine schwarz-blaue Umfärbung ging, drängt sich auf.“ Die vom ersten ÖGK-Obmann Matthias Krenn und Generaldirektor Bernhard Wurzer geprägte Zentralstruktur sei gescheitert, so der SPÖ-OÖ-Chef. Laut Winkler sei auch die Konstruktion demokratiepolitisch untragbar: Die Versichertenvertretung hat in der eigenen Kasse keine Mehrheit. Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite sind im Verwaltungsrat gleich stark vertreten; politisch Schwarz-Blau zuzurechnende Mitglieder halten zwei Drittel der Mandate. „Die Versicherten zahlen ein, entscheiden aber nicht. Die ÖGK muss auf Bundes- und Landesebene wieder in die Hände der Versichertenvertretung und konsequent den Interessen der Versicherten dienen“, macht Winkler klar.

Transparenz, Versorgungssicherheit und Versichertenmehrheit gefordert

Mehr als 500 Millionen Euro an Rücklagen und Leistungssicherungsreserven aus Oberösterreich wurden der Oberösterreichischen Gebietskrankenkasse entzogen und in die ÖGK eingebracht. Wesentliche politische Unterstützung und explizite Befürwortung für die Kassenreform kamen von Landeshauptmann Thomas Stelzer und LH-Stv. Manfred Haimbuchner. Die 500 Millionen sollten laut Stelzer und Haimbuchner den Versicherten in Oberösterreich zugutekommen. Davon ist jedoch nichts zu sehen. Die Versicherten in Oberösterreich sind doppelt die Verlierer.

Winkler fordert eine finanzielle Bundesländerbilanz: „Die ÖGK muss offenlegen, wie viel die oberösterreichischen Versicherten einzahlen und welchen Wert an Leistungen sie tatsächlich erhalten. Solange dieser Nachweis fehlt, ist aus unserer Sicht nicht nur die halbe Milliarde für Oberösterreich weg, sondern auch ein laufender Überschuss aus Oberösterreich wird den oberösterreichischen Versicherten Jahr für Jahr entzogen.“

Für Winkler ist klar: Das bloße Nachbesetzen der 46 offenen Stellen laut dem aktuellen RSG (Regionaler Strukturplan Gesundheit) reicht nicht aus. Die zuständige ÖVP-Landespolitikerin LH-Stv. Christine Haberlander hat leider sehr schlecht für die Bevölkerung in unserem Bundesland verhandelt. Oberösterreich braucht zusätzlich 150 Kassenarztstellen – sowohl in den Städten als auch im ländlichen Raum.

„Die ÖGK muss endlich liefern: mehr haus- und fachärztliche Stellen und deutlich kürzere Wartezeiten. Die mehr als 500 Millionen Euro Reserven aus Oberösterreich und die jährlichen Überschüsse müssen in die Versorgung der Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher fließen und dürfen nicht länger in einem undurchsichtigen Kassensystem verschwinden. Gesundheit darf weder vom Wohnort noch von der Kreditkarte abhängen“, so Winkler abschließend. „Die Gesundheitskasse muss endlich wieder den Menschen gehören, die sie mit ihren Beiträgen finanzieren – den Versicherten.“